

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 4/2021

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 31. März 2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:29 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 22

Es waren anwesend:

CDU: OR Henkel, OR Kehrlé, OR Müller, OR Griener, OR Böhler-Friess

B´90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Klingert, OR Köster, OR Isele,
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: -

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Matthias Hoffmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Röbler (StaDu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 26. März 2021, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 30. März 2021 ortsüblich bekanntgegeben worden.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sondersitzung des Ortschaftsrates. Sie bedankt sich, dass alle so kurz vor Ostern kurzfristig in die Karlsburg gekommen sind. Besondere Zeiten und Themen würden aber manchmal auch besondere Sitzungen erfordern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf sie für die heutige Ortschaftsratssitzung Herrn Ortschaftsrat Ruf entschuldigen. Er habe angekündigt, dass er etwas später kommen werde.

Bevor sie nun zum Tagesordnungspunkt komme, begrüßt sie als Besucher und Gast zum ersten Mal Herrn Stadtrat Sven Maier. Er sei nicht ohne Grund hier. Er sei seit März in Durlach bzw. Aue wohnhaft. Sie heißt ihn herzlich willkommen.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft den einzigen Tagesordnungspunkt, **„Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie“**, auf. Hierzu habe man noch zwei Anträge. Zum einen, **„Corona-Testoffensive zur Sicherung des Durlacher Einzelhandels“**, ein interfraktioneller Antrag der FDP-, CDU-, und Freie Wähler-OR-Fraktion vom 19.03.2021 und zum anderen, **„Täglicher Bericht über Corona-Fallzahlen und 7-Tage Inzidenzen für Durlach“**, ein Antrag der FDP-OR-Fraktion vom 22.03.2021.

Man habe dem Ortschaftsrat noch eine Vorlage aus Sicht des Stadtamtes vorgelegt. Hierzu habe Herr Ortschaftsrat Siebach noch zum letzten Satz des Absatzes 1 angemerkt, dass man selbstverständlich verhindern wolle, dass negative Effekte entstehen und nicht verhindern, dass keine negativen Effekte entstehen. Es gehe darum, dass man sich auf Öffnungsszenarien vorbereite, wenn sie dann möglich seien. Denn wenn sie dann möglich seien, habe man keine Zeit mehr, sich Tage, Wochen und Monate, mit unterschiedlichen Maßnahmen darauf vorzubereiten. Man habe es auch dargelegt. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe am 22. März bereits die Grundlagen und Grundvoraussetzungen genannt, unter denen Öffnungsprojekte, Öffnungsmodelle und Öffnungsszenarien in unterschiedlicher Art und Weise möglich seien. Diese habe man entsprechend aufgelistet. Und dem Stadtamt gehe es nun darum, für diese Dinge in Durlach die Voraussetzungen zu schaffen und die entsprechende Strategie zu haben. Es gehe darum, vorbereitet zu sein und nicht erst mit der Vorbereitung anzufangen, wenn die Öffnungen kurzfristig in Sicht seien, sondern dann, wenn sie auch mittel- und längerfristig in Sicht seien und sie denke, dass seien sie, denn die Kriterien seien auch schon genannt worden. Man habe sich im Ältestenrat dazu entschieden, dieses Thema nicht nur auf den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie zu beschränken, sondern es gehe auch sehr viel weiter darum, was mit den Jugendlichen, Vereinen und anderen Aktivitäten passiere. Gerade der deutsche Städtetag habe auch angekündigt und sei in Kontakt mit dem Sozialministerium, dass man insbesondere in der Jugendarbeit Modellprojekte sehr schnell umsetzen wolle. Sie sei zu diesem Thema bereits mit Frau Mössinger in Kontakt gewesen vom Kinder- und Jugendhaus in Durlach. Sie stelle hier schon ganz konkrete Überlegungen an, gemeinsam mit dem Jugendamt und mit dem Sozialen Dienst.

OR Noé (FDP-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden. Durlach brauche eine Perspektive und es sei richtig, dass nicht nur der Einzelhandel, die Gastronomie und die Kultur eine Perspektive brauche, sondern auch die Familien und die Durlacher Vereine. Nach einem Jahr Pandemie und Einschränkungen der Bürgerrechte brauche man eine Öffnungsperspektive und man müsse lernen mit dem Virus zu leben. Lernen mit dem Virus zu leben bedeute nicht, dass man Gefahren ignoriere. Man benötige ein Krisenmanagement und eine sorgfältige Vorbereitung, um Öffnungen möglich zu machen. Die Antragsteller wollen mit dem Antrag und mit der nachgeführten Verwaltungsvorlage für Durlach künftig

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Blatt 2

wieder mehr möglich machen. Mehr Kultur, mehr Begegnung und mehr Miteinander. Er habe in den Diskussionen der letzten Zeit und im Ältestenrat das Gefühl gehabt, dass insbesondere das Wort „Tübinger Modell“, wie es auch im Antrag stehe, ein gewisses Reizwort sei. Es gebe neben dem Tübinger Modell auch noch andere Modelle, z.B. das Böblinger Modell, bei dem der Landrat gemeinsam mit einem Apotheker, mit Fachkreisen und mit Rettungsorganisationen ein Modell auf die Beine gestellt habe, die mehr möglich machen. Diese Modelle haben eines gemeinsam. Sie haben eine Verwaltung, die gemeinsam mit den Experten anpacke, etwas möglich mache und mit Vorsicht etwas voranbringe. Er frage sich, was man bislang in Durlach habe. Vor Weihnachten habe es hier in Durlach eine Initiative des ASB gegeben, die den Durlacher Bürgerinnen und Bürgern ein Angebot für Schnelltests machen wollten. Vor der Karlsburg sei eine Schnellteststraße geplant gewesen, damit man nach den Schnelltests einen etwas sichereren Verwandtenbesuch über Weihnachten machen könne. Die Tests dazu seien vom Land BW zur Verfügung gestellt worden. Dies sei gefördert gewesen. Nach massiver Intervention des Landrates und der Stadtverwaltung in Karlsruhe wurde diese Aktion kurzfristig abgesagt. Die Argumentation sei gewesen, dass man keine Ressourcen habe, mögliche positive Schnelltests nachzuverfolgen. Anstehende Feiertage und mangelnde personelle Ressourcen seien natürlich nachvollziehbare Gründe. Aber die Menschen würden trotzdem ihre Verwandten besuchen. Dies sei für ihn eine vertane Chance gewesen, dass man hier nicht symptomatische positive Fälle identifiziere und aussortiere. Dies wurde nicht gemacht und die Tests seien wieder nach Stuttgart zurückgeschickt worden und seien nicht in Durlach zum Einsatz gekommen. In der Januar-Sitzung habe er im Ortschaftsrat unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ nachgefragt, dass es das Böblinger Modell und einen Testversuch gebe und wie es mit den Testressourcen in Durlach für das Altenheim und für die Bevölkerung aussehe. Dies wurde wegdiskutiert, bzw. er warte heute noch auf die Antwort. Hier wurde gesagt, dass dies kein Thema für ein Ortschaftsrat sei und eine Antwort habe er bis heute nicht bekommen. Umso mehr sei er erfreut, dass man jetzt in der Verwaltung höre, man wolle etwas gemeinsam für Durlach voranbringen. Man wolle der Verwaltung einen politischen Auftrag mitgeben und die Verwaltung sei bereits auf der gleichen Seite, sie habe eine sehr gute Tischvorlage ausgearbeitet. Denn jetzt, und dies sei der Unterschied zum Dezember, seien genug Tests verfügbar. Man habe ein Testzentrum vor der Karlsburg, man habe eines in der Raumfabrik, man habe weitere Apotheken und Ärzte in Durlach, die weiter testen. Auch der DM habe mittlerweile seine erste Teststelle am Durlach-Center etabliert. Es sollen weitere dazukommen. Es gebe jede Menge gute einzelne Initiativen und diese müssen und sollen jetzt zusammengeführt werden, um der Bevölkerung ein Testangebot zu machen. Und die Bevölkerung werde das Testangebot nur annehmen, wenn sie etwas davon habe. D.h. diese müssen einen Benefit davon haben. Der Benefit sei, dass etwas möglich gemacht werde. Dass unter Einhaltung von Hygienevorgaben und unter Einhaltung von Kontaktnachverfolgung, Kulturveranstaltungen möglich werden oder vielleicht auch der Einzelhandel geöffnet werde. Er habe heute

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 3**

einen großen Artikel in der BNN gelesen, dass man den Einzelhandel nicht unbedingt als Treiber der Infektion sehe. Hier solle mehr möglich sein. Als Apotheker und Naturwissenschaftler sehe er auch die Zahlen der dritten Welle. Und er habe auch nie gefordert, dass man morgen alles öffne. Aber was man fordere und wo er heute um Zustimmung werbe sei, dass man die Strukturen, die man in Durlach habe, weiter ausbaue und im Prinzip ein Durlacher Modell entwickle. Man solle die Weichen stellen, um künftig mehr möglich zu machen und die Bevölkerung mitzunehmen.

OR Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sei in einer merkwürdigen Rolle. Nicht nur als Ortschaftsrat, sondern er sei auch im Pandemiemanagement ganz direkt involviert. Er wolle es hier ganz offen sagen. Es sei auch in der Diskussion innerhalb der Fraktion so gewesen, dass man im ersten Moment des Durchlesens der heutigen Anträge eher erschrocken sei, weil man das Gefühl gehabt habe, hier solle ein Durlacher Sonderweg beschritten werden. Man habe auch den Eindruck gehabt, wenn man jetzt genug Teststationen habe, dass man in Durlach dann die Möglichkeit habe, mit einem Schnelltest Kulturinge zu öffnen oder einzukaufen. Diese Dinge seien nicht gegeben. Die Rechtslage lasse dies nicht zu. Es gebe einzelne ausgewählte Modelle in Absprache mit der Landesregierung, wo Dinge sinnvollerweise auch ausprobiert werden. Von daher habe die Fraktion gestern stundenlang diskutiert, weil man den Grundgedanken, die Öffnung in den Blick zu nehmen, richtig finde. Und dies sei das, was an den Anträgen das Richtige sei, und dies wolle man auch mittragen, aber man habe sich etwas schwergetan und eine schriftliche Diskussion bis kurz vor die Sitzung geführt, wie man antragstechnisch damit umgehen könne, dass diese Eindrücke, die aus Fraktionssicht in die falsche Richtung gehen, nicht erweckt werden. Aber das grundsätzliche Signal trage man mit. Nach einem Jahr Pandemie sei es wichtig, auch Öffnungen in den Blick zu nehmen und sich zu überlegen, was man machen müsse, dass wenn der Tag X komme, man bereit sei. Wichtig sei aber die Klarstellung, dass der Tag X nicht heute sei. Wenn er die Fallzahlen von gestern und heute sehe, dann sei man eher noch ein ganzes Stück weg davon. Und die Rechtslage sei momentan so, dass abhängig von bestimmten Inzidenzen, nur bestimmte Dinge erlaubt seien. Was man nicht wolle, und hier sei sich die Fraktion einig, dass man hier als Durlacher Ortschaftsrat auch mit der Stärke, die Durlach habe, für Durlach Dinge fordere und versuche durchzusetzen, die Hagsfeld oder Oberreut dann nicht bekommen, weil sie so ein Gremium nicht haben. Der Tenor müsse am Ende der sein, dass man der größte Ortsteil sei und man einen Ortschaftsrat habe, der von hier aus ein Signal an die Stadtverwaltung sende. Das eine sei das Befassen mit der Abwicklung und dem Management der Pandemie, aber man müsse auch Energie hineinstecken und sich überlegen, dass wenn Öffnungsperspektiven kommen, dass man nicht erst loslegen müsse, sondern dass man dann bereit sei. Die Frage sei, in welchen Detailpunkten man überhaupt Einfluss habe. Die Tests seien ein wichtiges Standbein. Nach den politischen Vorstellungen spielen die Tests eine große Rolle. Von daher müsse eine ausreichende Testinfrastruktur da sein. Sein

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Blatt 4

eigenes Erleben sei, dass es auch einen wirtschaftlichen Faktor gebe, auch kommerzielle Anbieter von Teststationen und alle möglichen Institutionen würden anfangen, hier Dinge anzubieten. Aus seiner Sicht sei er guten Mutes, dass man dahin komme, dass es eine ausreichende Testinfrastruktur gebe. Bisher habe die Stadt Karlsruhe nicht vor, kommunal unterwegs zu sein. Dies sei in der Fläche und Masse auch kaum leistbar. Aber natürlich sehe man auch Fördermöglichkeiten und Vernetzungsmöglichkeiten. Auch in anderen Stadtteilen solle es ausreichend, gut erreichbare und niederschwellige Testangebote geben, die dann die Möglichkeit eröffnen, wenn der Tag X komme, dann auch loslegen zu dürfen. Es gebe den gesonderten Tagesordnungspunkt zu den Inzidenzen und den Fallzahlen. Das Thema „Inzidenzen, Fallzahlen und die Bitte um Veröffentlichung“ finde sich aber auch in der Verwaltungsvorlage und deshalb wolle er dazu Stellung nehmen. Hier vertrete er eine Gegenposition und diese nehme er auch als verantwortlicher im Gesundheitsamt mit. Er habe seine Fraktion auch von seiner Meinung überzeugen können, dass man sich hier bisher geweigert habe, dies zu tun. Es werde im Antrag damit verglichen, dass die Landkreiskommunen die Fallzahlen veröffentlichen. Es sei ein gewisser Sündenfall, der vor einem Jahr passiert sei. Andererseits sei es so. Vor einem Jahr, als es losging, seien viele Dinge erstmals diskutiert worden und man habe in der Behörde relativ schnell auf eine digitale Infrastruktur umgestellt, was die Kontaktpersonennachverfolgung und das Corona-Management angehe. Diese Datenbank ermögliche relativ einfach, solche Dinge herunterzubrechen. Im Landkreis bzw. Kreistag sei es so, dass dort ca. 35 Kommunen sitzen würden, die sich alle als eigenständige Kommune verstehen und von daher vergleichbar mit der Stadt Karlsruhe als eine Kommune sagen, man wolle für die Kommune Kenntnis über die Fallzahlen. Und der Landrat habe damals diesem Ansinnen nachgegeben. Man habe bewusst immer darauf verzichtet, Inzidenzen anzugeben, weil es aus der Sicht des Gesundheitsamtes für kleinräumige Strukturen völlig unsinnig sei. Diese seien natürlich ausrechenbar, wenn man die Einwohnerzahl kenne. Gegen die Veröffentlichung spreche allerdings, dass man es mit einer Pandemie zu tun habe. Dies spiele sich weder in Bruchsal, noch in Grötzingen oder Durlach ab, sondern überall, über alle Grenzen hinweg. Man sei schon unglücklich genug, dass die Verwaltungsgerichte auferlegt haben, unterschiedliche Regelungen für die Stadt- und den Landkreis Karlsruhe treffen zu müssen, was unsinnig sei. Aber noch unsinniger sei es, wenn man anfangs, die Dinge auf Stadtebene herunterzubrechen. Man wisse, wo die infizierten Menschen wohnen. Bei über 75% wisse man auch die Infektionsquelle, aber häufig sei die Infektionsquelle auch unabhängig vom Wohnort. Die Menschen würden sich in ihren Betrieben oder auf Reisen oder in einer Institution infizieren, die oftmals nicht in der Kommune sei, in der man seinen Wohnort habe. Das heißt, das Infektionsgeschehen sei ein extrem vernetztes, sodass die Fallzahlen, die man immer kleiner herunterbreche, über die Infektionslage und Gefahr der entsprechenden Örtlichkeit nur eine sehr begrenzte Aussage zulasse. Je kleiner man dies mache und auch Inzidenzen ausrechne, desto maximaler seien die Schwankungen. Hier würden dann schon zwei Großfamilien ausreichen. Man habe dann schnell 15 positive

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Personen innerhalb 2 Tagen und dann schnelle in einer kleinen Kommune die Inzidenz um 50 % hoch und nach ein paar Tagen wieder herunter. Hier würden kurzfristige Faktoren eine riesige Rolle spielen. Nun wolle er noch etwas aus Sicht des Gesundheitsamtes sagen. Er habe dieses Team, welches den Infektionsschutz mache, von 10 auf 150 Leute aufgebaut. Diese beschäftigen sich jeden Tag damit. Man habe im Sommer noch darüber gewitzelt, wann die Phase komme, dass es so ruhig werde, dass man Socken stricken könne, weil man so viele zusätzliche Mitarbeiter eingestellt habe. Diese Phase kam nie. Diese Menschen seien alle am Rande der Erschöpfung, weil seit einem Jahr nonstop an jedem Wochenende 25 Personen pro Wochenendtag im Einsatz seien. Was man nicht brauche, sei Zusatzarbeit. Dies würden aber die Fallzahlen mit sich bringen. Man glaube nicht, wie viele Anfragen per E-Mail oder Telefon das Gesundheitsamt erreichen, weil in Bruchsal jetzt drei Infektionen mehr auf der Homepage aufgetaucht seien, als die Leute sich erschließen können oder gar eine Infektionsgefahr zurückgehe, was gar nicht sein könne. Natürlich gebe es auch einmal Fehleingaben, die in einem Qualitätsmanagement auffallen. 99% dieser Anfragen seien wirklich so, dass sie Arbeit machen, aber keinerlei Erkenntnis bringen. Auch die Presse springe darauf an. Jede Zahl, die man anbiete, führe bei der Presse dazu, dass sie täglich beäugt werde und regelmäßig nachfrage, wenn es die kleinste Veränderung gebe. Es gebe aber kein lokales Durlacher Geschehen. Er habe sich vorhin die Fallzahlen einmal angeschaut. Er glaube, man sei im Moment bei ca. 7.900 positiv Fällen in der Stadt Karlsruhe seit Beginn der Pandemie und in Durlach seien es ca. 750 für die Postleitzahl 76227. Anders könne man es nicht herunterbrechen. D. h. den Bergwald müsse man außer Betracht lassen oder man müsse Kommunen hereinnehmen, die nichts mit Durlach zu tun haben. Dies bedeute, man habe genau diesen Anteil, der zu erwarten sei. Wie für die Stadt Karlsruhe spiele es sich auch genauso in Durlach ab. D. h. mit der Zahl in Karlsruhe habe jeder hier einen ausreichenden Einblick in das, was sich in Durlach abspiele. Wenn man anfangs, in Durlach Fallzahlen zu veröffentlichen, dann müsse man es auch für Hagsfeld, Oberreut, die Weststadt, die Oststadt und alle anderen Stadtteile tun. Er fragt, warum Durlach eine Sonderrolle haben solle. Mit dem Argument „größter Stadtteil“ komme man nicht weit. Er könne nur aus Sicht des Gesundheitsamtes sagen, dass es keinen Sinn mache und es zu Mehrarbeit im Gesundheitsamt führe. Dies könne er vorhersagen. Und die Menschen werden die Zahlen nicht interpretieren können in dem Sinne, dass sie mehr Verständnis dafür haben, was sich in Durlach abspiele. Es werde keinen Erkenntnisgewinn bringen, außer Neugierde, d.h. man würde gerne wissen, was sich in Durlach tue. Diese Neugierde werde befriedigt, wenn man jeden Tag hineinschreibe, wie viele neue Fälle es gebe. Wenn man wirklich wissen wolle, wie gefährdet man sei, dann müsse man das Amt auffordern, straßengenau zu veröffentlichen. Dann wisse man, ob in der Nachbarschaft jemand infiziert sei. Dies würde die Datenbank liefern können, aber jeder hier werde erkennen, dass es hier um persönliche Gesundheitsdaten gehe. Es sei unsinnig, die Werte weiter herunterzubrechen. In kleinen Landkreisgemeinden habe man diese Problematik teilweise schon, dass man hier Fallzahlen publiziere und

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 6**

ableiten könne, wer an Covid erkrankt oder verstorben sei. Dies seien Dinge, die kleinräumig keinen Sinn machen. Natürlich sei Durlach nicht extrem klein. Er wolle appellieren, dass die Sinnhaftigkeit dieses Appells nicht da sei. Was überhaupt nicht möglich sei, sei die Verwendung der Zahlen als Steuerungsmöglichkeit für die Öffnungsmöglichkeiten. Denn hier sei die Rechtslage eindeutig. Dies sei abhängig von dem, was sich im Stadt- oder Landkreis abspiele. Die Inzidenz der Stadt Karlsruhe habe Auswirkungen auf das, was der Stadt Karlsruhe erlaubt werde. Daran werden keine Inzidenzen eines Stadtteils irgendetwas ändern. Dies werde auch jeder verstehen, sonst würde man am laufenden Band in Oberreut Türen öffnen und in Hagsfeld wieder zu machen. Das Kleinräumige sei ohnehin Unsinn. Man würde für landesweite Regelungen plädieren, dies habe das Verwaltungsgericht zerschossen, aber es immer kleinteiliger zu machen, mache wenig Sinn. Als letztes wolle er sagen, dass Frau Ries in der letzten Ortschaftsratssitzung in Bezug auf die Erweiterung der Fußgängerzone in Durlach darauf hingewiesen habe, dass die untere Verkehrsbehörde am Ende sage, ob dies möglich sei oder nicht und man hierauf wenigen politischen Einfluss habe. Und in diesem Falle sei es auch so, dass wenn eine Bitte von der Stadt Karlsruhe in Richtung Landratsamt gehe, das Landratsamt dies scheiden müsse. Und er würde ungern in diesen Konflikt mit der Stadt kommen. Man habe in der Pandemie bisher ein ganz tolles miteinander zwischen Stadt- und Landkreis. Dies sei in Baden-Württemberg in vielen ähnlich gearteten Fällen, wo das Gesundheitsamt für den Stadt- und Landkreis zuständig selten so, dass dies so gut harmoniere und er würde ungern in eine Konfliktsituation kommen, dass die Stadt das Gesundheitsamt etwas frage, und das Gesundheitsamt eigentlich wisse, dass man es nicht wolle und andererseits ungern der Stadt die Bitte abschlagen müsse. Aber die Entscheidungshoheit liege dann beim Landratsamt, darüber zu bestimmen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) wolle zu den Zahlen noch etwas sagen. Es sei richtig und sie stimme ihm bei allem zu, weil er dies ja auch wisse und auch fachlich beurteilen könne. Nun könne man Durlach allerdings nicht immer mit Hagsfeld und anderen Stadtteilen vergleichen. In Stupferich werde es nicht viele Geschäfte geben, die geschlossen haben, weil es außer einem Sportgeschäft nur einen Metzger, einen Bäcker und einen Friseur gebe. Durlach sei das drittgrößte Mittelzentrum nicht von der Zugehörigkeit der Kommune aber de facto das drittgrößte Mittelzentrum von Stadt- und Landkreis gemeinsam. Es gebe das Oberzentrum Karlsruhe, das Mittelzentrum Bruchsal, das Mittelzentrum Ettlingen und dann komme von der Größe her das Mittelzentrum Durlach und dann komme erst Bretten und Stutensee. Insofern dürfe man sich selbstbewusst als Durlacher, und man sei nun einmal der Durlach Ortschaftsrat, für das Mittelzentrum Durlach einsetzen. Man habe acht öffentliche Schulen, wo man auch eine Zentrumsqualität für das ganze Pfinztal, für Weingarten und für die Bergdörfer habe. Man habe hier auch ein eigenes Jugendamt. Hier wolle sie nicht nur als Vorsitzende des Ortschaftsrates,

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 7**

sondern auch in der Funktion als Amtsleitung sprechen. Fallzahlen seien für das Amt durchaus interessant, um zu entscheiden, wie und mit welchem Modell man sich vorbereiten könne und wie es in Durlach aussehe. Ob man noch mehr für Testungen werben wolle oder nicht. Ob sie sich nun intensiv mit Frau Mössinger in Verbindung setze oder ob man es verantworten könne, ein Modellprojekt für die Jugendlichen beim Sozialministerium zu beantragen, wenn möglicherweise die Fallzahlen in Durlach derzeit hoch sein. Oder ob man es verantworten könne und sogar die Pflicht sei, weil die Fallzahlen in Durlach niedriger seien. So habe jeder seine Sicht. Sie verstehe die Sicht von Herrn Dr. Wagner und des Gesundheitsamtes, aber er solle auch ihre Sicht als Amtsleitung verstehen. Vielleicht müsse man auch unterscheiden, ob man es täglich in der Öffentlichkeit nach außen aktualisiere, aber dass man es zumindest auf Verwaltungsebene weitergebe. Sie überlege sich schon, hier ein Amtersuchen zu stellen, weil die Zahlen hier in vielerlei Hinsicht da seien. Zum Thema Anrufe könne sie sagen, dass die Anrufe, die beim Gesundheitsamt nicht seien, beim Stadtamt seien. Es würden nicht wenige Bürgerinnen und Bürger anrufen, weil sie die Zahlen von Durlach gerne haben würden. Dies seien Bürger, Unternehmer, Apotheker und die die testen. Es sei sicher auch mal eine gewisse Neugier dabei, aber es sei nicht immer die Neugier, sondern manchmal habe es seine Gründe. Der dritte Punkt sei, dass Transparenz und Offenheit der Verwaltung in einer Pandemie wichtig seien. Und wenn Daten in einer Verwaltung vorliegen, dann sei es gerade in der heutigen Zeit wichtig, mit den Daten transparent umzugehen. Es sei manchmal so, dass Interesse an bestimmten Daten besteht und gewünscht werde und nun speziell für das Stadtamt. Sie wolle die Zahlen gar nicht unbedingt, um sie zu veröffentlichen, aber für die Arbeit seien die Zahlen wichtig.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) führt als mit Antragsteller aus, dass Dr. Noé schon alles gesagt habe, wo die Fraktion der gleichen Meinung sei. Es sei nichts anderes, als eine Perspektive aufzuzeigen, wenn etwas möglich sei. Nicht mehr und nicht weniger. Man habe seit etwas mehr als einem Jahr die Pandemie und man verfolge seit diesem Zeitpunkt eigentlich nur „Öffnen“ und „Schließen“ in einer Dauerschleife. Denen, die auch finanziell davon betroffen seien und ihre Geschäfte schließen mussten und der Bevölkerung sei dies nicht mehr vermittelbar und nicht zumutbar. Man müsse vorsichtig sein und auf Sicht fahren. Man wolle auch nicht alles öffnen, dies wolle keiner sagen und keiner machen. Aber eine Perspektive aufzuzeigen, damit man zum Tag X, wenn es wieder möglich sei, ausreichend vorbereitet sei, dass solle sein. Gar nichts zu tun, wie es beispielsweise der Oberbürgermeister in Karlsruhe in seinem Interview gemacht habe, dass er nicht einmal darüber nachdenke, sei in seinen Augen der falsche Ansatz. Zumindest sollte man dies perspektivisch ins Auge fassen. Für die Fraktion sei klar, dass flächendeckende Tests natürlich da sein müssen. Dies sei ein wichtiger Aspekt. Wenn die Tests dann wie in Tübingen als Eintritt gewertet werden, dann dürfe dies nicht dazu führen, dass dann die Schule weniger Tests haben. Dies müsse sich dann einspielen. Aber als Perspektive, und mehr sei es nicht, finde er dies den absolut richtigen Weg, auch in der heutigen Zeit.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 8**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ergänzt zur Vollständigkeit und Fairness, dass sie gestern ein längeres Gespräch mit dem Herrn Oberbürgermeister gehabt habe und er den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg begleiten würde und dem würde er auch zustimmen. Es sei schon so, dass er Durlach hier auch unterstützen werde.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, dass in dieser Situation Sachlichkeit das oberste Gebot sei. Er persönlich fühle sich nicht in der Lage in dieser Corona Diskussion diese Messgrößen zu beurteilen. Man lese die Corona-Verordnungen und man müsse feststellen, dass keine Corona-Verordnung, bevor sie in Kraft gesetzt wurde, durch ein Parlament gegangen sei. Auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz seien fernab jeglichen Parlaments getroffen. Dadurch sinke die demokratische Legitimation und dies merke man auch an den Inhalten. Jetzt könne man es beklagen, dass die Parlamente nicht beteiligt worden seien, man müsse es sogar beklagen, denn es gebe einen Grundsatz des Rechtsstaates, den das Bundesverfassungsgericht mehrfach betont habe. „Die wesentlichen Entscheidungen müssen im Parlament getroffen werden und erst recht dann, wenn es um die Einschränkung von Grundrechten gehe“. Er sage dies deshalb, weil dies mit den Öffnungsstrategien zusammenhänge. Man habe Verordnungen, die sehr viel verbieten. Teilweise auch Aktivitäten im Freien, obwohl die Virologen sagen, im Freien könne man sich nicht zu sehr anstecken. Vor allem auch beim Sport an der frischen Luft. Wenn jetzt nachgewiesen werde, dass diese Modellversuche, die sogenannte kontrollierte Öffnung, welche es übrigens in mehreren Städten gebe, bei dieser kontrollierten Öffnung mit allen Instrumenten die Neuinfektionen nicht erhöhen, bspw. deswegen, weil man Infizierte schneller erkenne als ohne Massentests, seien ganz viele Corona-Verordnungen des Landes Baden-Württemberg obsolet und damit überflüssig. Weil den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber endlich ein milderes Mittel zur Verfügung stehe, um das gleiche Ziel, nämlich weniger Infizierte, zu erreichen. Hier sei er optimistisch, dass es Ergebnisse gebe. Wie diese ausgehen, könne man natürlich noch nicht sagen aber er denke, dass in wenigen Tagen oder Wochen Zwischenergebnisse vorliegen. Wenn diese Ergebnisse vorliegen, dann müsse man in Durlach bereit sein. Man müsse sofort reagieren können. Wenn feststehe, dass diese Öffnung die Neuinfektionen und die massiven Gesundheitsschäden nicht nach oben treibe, dann müsse man bereit sein, in kürzester Zeit die Öffnungen umsetzen zu können, um noch einen größeren volkswirtschaftlichen Schaden abwenden zu können. Sei es jetzt, ob man diese Öffnung nur in Durlach oder in Karlsruhe umsetze. Dies sei in diesem Zusammenhang egal, aber man müsse hier heute den Anstoß machen und deshalb unterstütze die Fraktion die Verwaltungsvorlage, dass man für diesen Tag X, der relativ bald sei, auch bereit sei. Deshalb gebe er seine klare Zustimmung zu dieser Verwaltungsvorlage. Die Frage sei natürlich, wie es dann weitergehe. Wenn man jetzt höre, dass die Unterstützung des Oberbürgermeisters da sei, dann sei dies etwas sehr positives, dann könne man wirklich etwas bewegen. Dies würde sich dann von den Bundes- und

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 9**

Landesparlamenten unterscheiden, denn diese konnten in dieser Sache bisher gar nichts bewegen, weil sie vor der Entscheidung nicht damit befasst wurden. Deshalb unterstützte man die Verwaltungsvorlage. Der ursprüngliche FDP-Antrag erschien der SPD unvollständig. Hierüber habe man im Ältestenrat gesprochen. Er wolle noch einen Satz dazu sagen, warum die SPD den ursprünglichen interfraktionellen Antrag nicht unterschrieben habe. Dies sei deshalb so, weil man die SPD nicht gefragt habe. Sie sei grundsätzlich durchaus bereit, immer gute Initiativen zu unterstützen, egal aus welcher Richtung sie kommen. Dies wolle er in diesem Zusammenhang betonen. Man wolle die Inzidenzzahl für Durlach haben. Ob diese aussagekräftig ist, sei eine andere Frage. Ihn würde auch interessieren, in welchen Einrichtungen die meisten Hotspots seien. Dies werde man nicht erfahren. Es sei ein Appell, aber dies könne man nicht beschließen, weil man keine Beschlusszuständigkeit habe, man könne es aber mit aller Vehemenz und Entschiedenheit, die angebracht sei, fordern.

OR Frey (DIE LINKE) sagt aus, es sei schon viel gesagt worden, dem sie zustimmen könne. Es sei klar, dass man sich an die gesetzlichen Regelungen halten müsse. Sie gebe Herrn Dr. Noé recht, man brauche Benefits und Anreize für die Personen, die sich testen lassen. Man brauche so viele freiwillige Tests wie möglich, um die Ausbreitung unter Kontrolle zu halten. Man müsse froh sein über jeden freiwilligen Test. Man könne sich über die negativen Tests freuen aber man müsse auch über die positiven Tests dankbar sein, dass die Betroffenen schnell Maßnahmen ergreifen können und keine weiteren Personen anstecken. Daher seien positive als auch negative Tests wichtig. Nun sei die Frage, welche Angebote man den Bürgerinnen und Bürgern machen könne, dass diese auch einen direkten Vorteil vom Test haben. Hier könne man nun über Öffnungen und mehr Freiheitsrechte reden, aber es müsse allen klar sein, dass alle Freiheiten, die durch die Corona-Verordnungen eingeschränkt werden, nicht punktuell aufgehoben werden können, solange man nicht einen offiziellen Modellversuch habe und die Erlaubnis habe, diese Einschränkungen aufzuheben. Man könne auch keine Einschränkungen in Kraft setzten für alle anderen. Es gebe auf rechtlicher Ebene keinen Unterschied, ob man einen Test gemacht habe oder nicht, weil die Corona-Verordnungen für alle gelten oder für niemanden. Ob man einen Schnelltest gemacht habe oder nicht. Die Angebote müssen sich auf einer anderen Ebene befinden. Diese müssen einen anderen Spielraum ausreizen. Hier denke sie insbesondere an den Einzelhandel, der hier Anreize setzen könne. Zum Beispiel Bonuspunkte für jeden Test, den man gemacht habe oder Prozente, für jeden Test den man gemacht habe. Oder ein bestimmtes Angebot für jeden, der einen Test gemacht hat. Es müsse auf einer Ebene geschehen, die Spielräume ausreizt, zum Beispiel kulturelle Angebote in einer bestimmten Ebene, wenn man einen Test gemacht hat. Es sei ein städtisch gefördertes zusätzliches Projekt für Getestete, um eben diesen Anreiz zu setzen. Wenn die Zahlen veröffentlicht werden, könne dies ein zusätzlicher Anreiz zum Testen sein. Auf dieser Ebene müsse sich dies bewegen und auf dieser Ebene könne dies zu einem Projekt

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 10**

werden, dass unabhängig von der Entwicklung von dem Seuchengeschehen wirklich einen positiven Effekt haben könne. Es sei schön, wenn man seine Modellcharakter haben könne aber man müsse an der Stelle realistisch bleiben. Man müsse Maßnahmen jetzt beschließen, die man auf jeden Fall brauche, egal in welche Richtung das Geschehens sich entwickle. Man müsse auf jeden Fall vorbereitet sein und eine Teststrategie haben. Sie frage, was man machen müsse, um 30.000 Durlacher zu testen, wenn Öffnungen mit Tests möglich seien. Man sei ein riesiger Stadtteil von Karlsruhe. Durlach habe mit seiner Infrastruktur auch eine besondere Verantwortlichkeit. Von daher sei die Verwaltungsvorlage in allen Punkten absolut zu unterstützen und sie wolle sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass das Anreizmodell, welches Herr Dr. Noé hervorgebracht habe, dass an dieser Stelle noch Entwicklungspotenzial da sei und dass hier auch Anreize aus der Bevölkerung gefragt seien.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) sagt aus, dass die Anträge von der Fraktion unterstützt werden. Herr Dr. Noé hat das Wichtigste bereits gesagt. Auch der Verwaltungsvorschlag sei nun etwas konkreter. Das Anliegen habe die Kernzeile „der Ortschaftsrat beantragt die zuständigen Fachdienststellen ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und vorzulegen für den Fall, an dem es dann soweit sei“. Er sei froh, dass Herr Dr. Wagner als Mann an der Front und als Fachmann seine Eindrücke gestellt habe und man brauche weniger Apokalyptiker, sondern mehr Analysten. Er habe die Tage eine wunderschöne Überschrift gelesen. „Harmonie statt Pandemie“. Dies sei ein kulturelles Ereignis in Berlin, welches sehr strenge Richtlinien habe. Man habe die Philharmonie mit Testzugang eröffnet. Dies zeige, dass so etwas möglich sei, wenn es erlaubt sei. Man befinde sich in einem schwierigen Feld und man müsse sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Man müsse dafür sorgen, dass die Pandemie nicht ausbreche, aber es gebe auch Menschen, die man mit diesen Appellen nicht erreiche und die Pandemie nicht wahrnehmen. Man sehe die täglichen Veröffentlichungen des Landkreises. Der Landkreis habe ca. 450.000 Einwohner und 21.000 Erkrankte. Es gebe Rechenkünstler, die dies herunterbrechen und sagen, man habe ein Promille an Todesfallzahlen. An diese Menschen müsse man appellieren, dass sie freiwillig testen und dies erkennen. Man müsse die Schwelle, die Sorgen mache, dass das Gesundheitssystem nicht ausreichend sei, erreichen. Er denke, dass Durlach als eines der B-Zentren in der Lage sei, ein Signal zu geben, nicht nur für den Einzelhandel, sondern auch für die Kultur. Man wolle etwas als Ortschaftsrat erreichen. Man wisse, dass die Grenzen begrenzt sind. Aber man wolle ein starkes Signal geben, dass wenn der Tag es erlaube, dass man mit allem bereitstehe. Auf einen Marathon bereite man sich auch nicht einen Tag vorher, sondern zwei Jahre vorher darauf vor. Deshalb sehe man jetzt den richtigen Zeitpunkt. Es sei die Hoffnung da, dass die UV-Strahlung im Sommer die Pandemie und die Zahlen hoffentlich wieder herabsenken lasse und man dann die Chance ergreifen könne, wenn man gut vorbereitet sei. Dies sei sein laienhafter Eindruck. Deshalb gebe er auch seine Zustimmung und die Hoffnung, dass die Medizin gewinne und man die verlorene Freiheit dementsprechend wieder gewinne.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 11**

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Dr. Wagner. Es sei vieles schon von Frau Ortsvorsteherin Ries gesagt worden. Auch von anderen Kollegen. Aus ihrer Warte aus, die in der Prävention tätig sei und 453 Kindereinrichtungen in Stadt- und Landkreis zu betreuen habe, außer den Schulen und SBBZs habe man in Durlach 22 Kindereinrichtungen. Frau Ries habe die Schulen benannt, aber sie wolle auch hier noch einmal darauf aufmerksam machen. Denn ein Jahr Pandemie bedeute, man habe ca. zwei Jahrgänge an Kindern bereits verloren, was die Gesundheitsförderung angehe. Und in vielen Einrichtungen seien die Träger, und man habe 144 Träger von Kindereinrichtungen, ein Wildwuchs geworden. Im einen „Ja“ und im anderen „Nein“. Und dann werde man sehr wohl auf die Inzidenzen festgelegt und es sei fast einfacher im Landgebiet, wo man alles genau erkennen könne. Hier bekommen Sie in den Gemeindeverwaltungen auch eine bessere Auskunft. Durlach sei nicht irgendein Stadtteil. Natürlich könne man Herrn Dr. Wagner in seinen Ausführungen zustimmen. Aber man lebe in einer Offenheit, gerade in der Zeit der Pandemie, dass der Bürger auch das Vertrauen nicht verliere. Herr Dr. Rausch habe es bereits gesagt, natürlich gebe es Corona-Verordnungen, die nicht mit den Parlamenten abgestimmt seien, aber diese Verordnung seien auf Landesebene über den Bund mitgetragen. Alle haben eine Aufgabe zu tätigen und allen tue es gut, wenn man gerade in dieser Zeit eine Aussage nach außen mache. Sie interessiere in Karlsruhe, also Durlach nicht die Inzidenz von Calw. Hier habe man seinen Lebensmittelpunkt. Ob jeder hier in Durlach lebe oder arbeite seien zweierlei Dinge. Aber das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger in der Transparenz dessen, was man hier gebe, haben die Bürgerinnen und Bürger verdient. Man sei von Bürgerinnen und Bürgern gewählte Bürgerinnen und Bürger in diesem Rat. Es gebe die Gesamtstadt Karlsruhe aber die Aufgabe, so wie man hier sitze, habe man für die Gemarkung Durlach. Man wolle einerseits der Verwaltung einen Anstoß geben, andererseits sei die hervorragende Vorlage vollkommen unterstützenswürdig. Man mag geteilter Meinung sein, aber ein Potenzial zur Veröffentlichung, die Möglichkeiten von Strategien biete, sollte einer Kommune wie Durlach zugestanden werden.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) wolle dies gerne zusammenführen. Denn eigentlich würden alle dasselbe wollen. Man wolle Perspektiven für die Bevölkerung in Durlach. Das Problem sei nach wie vor, dass die Pandemie global sei und man werde ihr auf Stadtteilebene nur schlecht begegnen können. Ein Problem, welches man in der Beschlussvorlage sehe sei, dass so sehr auf diesen Modellcharakter verwiesen werde. Das Problem sei, dass es schon einige Modelle gebe. Der Sinn eines Modells sei eigentlich, sich anzuschauen, wie sich dies entwickle und welche Schlüsse man daraus ziehen könne und welche Regelungen die Landesregierung für alle treffen könne. Vielleicht auch dynamische Regelungen aber Regelungen, die für alle gelten. Was man unbedingt mittrage sei, dass man die Verwaltung anstiften wolle, sich tatsächlich für den Tag X vorzubereiten,

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Blatt 12

sodass dann alle in den Startlöchern stehen. Und zwar die Kultur, die Wirtschaft, die Verwaltung selbst, die Schulen und die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wolle man eigentlich einen Änderungsantrag einreichen. Sie wisse nicht, wann der richtige Zeitpunkt sei, ob jetzt oder wenn über die Beschlussvorlage abgestimmt werde, aber das sei die Idee der Fraktion. Es solle ein Änderungsantrag sein, der sich auf diese Beschlussvorlage beziehe und große Teile übernehme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass der Beschluss der Verwaltung vergleichsweise einfach sei. Dieser sehe vor, dass der Ortschaftsrat die zuständigen Fachdienststellen beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Sie fragt nach, was hier zu verändern sei.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) antwortet, der Teil davor.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass der Teil davor nur eine Erläuterung sei. Ein Änderungsantrag beziehe sich auf einen Beschluss. Aber dies seien ergänzende Erläuterungen. Was jetzt überrasche sei, dass sie gesagt habe, es gebe ein Modell und auf dieses Modell müsse man warten und daraus müsse man Schlüsse ziehen. Und nichts anderes stehe in der Beschlussvorlage. Sie zitiert die Beschlussvorlage. Der Vorschlag des Stadtamtes sei nun, dass die heutigen Fakten zum Anlass genommen werden, dass man sich darauf vorbereitet, für mögliche Öffnungen und mögliche Modellprojekte. Deshalb würden Gespräche mit dem Kinder- und Jugendhaus laufen, und deswegen auch Gespräche mit den Vereinen. Deshalb könne man auch überlegen, ein Modellprojekt „Jugendfußballturnier beim ASV Durlach“ zu machen. Dies seien die einzelnen Dinge, die vielleicht schon möglich seien. Nicht heute sei der Tag X, sondern in zwei oder drei Wochen. Deshalb wisse sie nicht, was man hieran ändern solle.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) antwortet, dass das Problem sei, dass in diesem Schreiben der Eindruck erweckt werde, zumindest habe es die Fraktion so gelesen, als könne man heute schon mit diesen Öffnungsstrategien anfangen. Hier stehe nicht drin, dass es zu einem Zeitpunkt sei, der von der Landesregierung definiert werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erkennt im Gremium kein Verständnis für den Änderungsvorschlag. Sie zitiert: „Die Verwaltung schlägt deshalb vor, eine kommunale Strategie für ein Durlacher Modell zu entwickeln, um solche Öffnungsmöglichkeiten unter den genannten Voraussetzungen zu schaffen, sobald hierfür die Möglichkeiten bestehen“. Die Strategie solle jetzt und rechtzeitig darauf ausgerichtet sein, um Voraussetzungen zu schaffen, die eine Eröffnungsperspektive ermöglichen können.

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Blatt 13

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass es für sie und viele der Fraktion so klinge, als seien die Öffnungsperspektiven quasi schon da. Deshalb wolle man den ersten Teil von den ergänzenden Erläuterungen streichen und direkt mit leichten Abwandlungen weiter fortfahren. Man wolle klar sagen, wer wann definiert, dass die Voraussetzungen für die Möglichkeiten bestehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies kein Änderungsantrag sei. Dies könne man nicht machen und hierfür sei die Zeit auch noch nicht reif, dass man darüber diskutiere. Dies seien ergänzende Erläuterungen und zur Formulierung könne man keinen Änderungsantrag stellen. Dies müsse man zum Beschluss machen. Man könne diesen Beschluss Ablehnen oder nicht. Aber dies halte sie für schwierig, zumal dies eine reine Sachverhaltsdarstellung sei. Der erste, als auch der zweite Absatz. Gerade der zweite Absatz zitiere ein offizielles Papier. Hier stehe drin, „gemäß Ziffer 6 des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz...“. Hier sei nichts frei erfunden, man zitiere aus einem offiziellen Dokument. Das könne sie auch gar nicht ändern.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, dass Frau Henkel schon zurecht gesagt habe, man brauche die Maßnahmen jetzt. In vier, acht oder in zehn Wochen mache dies keinen Sinn mehr. Dann sei hoffentlich wieder etwas anderes an der Tagesordnung. Deshalb schlage er vor, dass der Beschluss etwas geändert werde. Denn die Verwaltung brauche bekanntlich immer lang und nirgendwo stehe etwas über die zeitliche Folge. Er schlägt vor, dass man in den Beschluss das Wort „schnellstmöglich“ einfügt. „Der Ortschaftsrat beauftragt die zuständigen Fachdienststellen, ein entsprechendes Konzept schnellstmöglich zu erarbeiten und vorzulegen“. Denn es könne sein, dass die Dienststellen schaffen und schaffen und in einem Jahr seien sie noch nicht fertig. Diese Erfahrung habe man schon oft gemacht, deshalb müsse hier eine zeitliche Perspektive in diesen Beschluss eingebracht werden.

OR Bruker (AfD) führt aus, dass es in einem von Mark Twains Büchern ein Zitat gebe. Dieses laute: „Als wir unser Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten wir unsere Anstrengungen“. Dies spiegle für ihn sehr gut wieder, wie seit einem Jahr in Deutschland Pandemiemanagement und Politik betrieben werde. Von ganz oben, in Berlin und Stuttgart. Die Menschen würden hier allmählich die Nase voll haben. Boris Palmer habe gestern gesagt, dass wenn man so weitermache, bestehe die Gefahr einer Kernschmelze in der Gesellschaft. Er habe es nicht näher ausgeführt, aber jeder könne sich seinen Teil denken. Seit einem Jahr falle den Politikern, Regierenden und den handverlesenen Spezialberatern nichts anderes ein, als Grundrechtseingriffe, Beschränkungen, Ausgangssperren und Lockdowns. Dies sei so weit gegangen, dass im Winter Familienväter mit ihrem dreijährigen Sohn von der Polizei vom Schlitten geholt worden seien. Man müsse seines Erachtens als Kommune auf lokaler Ebene sich selbst auf die Füße stellen und schauen, dass man

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

solche Modelle versuche auf die Beine zu stellen. Auch gegen Widerstände auf Länder- oder Bundesebene. Er sei also vollkommener Unterstützer dieses interfraktionellen Vorschlages und wolle noch ein paar Sätze darüber hinaus sagen, auch zu den Ausführungen von Herrn Dr. Wagner. Er habe sich mit dem Tübinger Modell relativ intensiv befasst. Noch gestern habe im Fernsehen Frau Lisa Federle, die dies federführend mache, die neusten Zahlen veröffentlicht. Innerhalb der letzten Woche wurden 40.000 solcher Schnelltests in den Testzentren in Tübingen durchgeführt. Nun seien die Schnelltests in gewisser Weise auch fehlerbehaftet. Jeder Fachmann wisse, hier gebe es die Sensitivität und die Spezifität eines solchen Tests. Hier wolle er jetzt gar nicht direkt darauf eingehen, aber es gebe eine gewisse Anzahl an positiven Tests und diese würden per PCR-Nachtestung in der Regel wieder aussortiert werden. Wenn man also alle durchgetestet habe und die falsch-positiven per PCR wieder aussortiert habe, dann blieben in Tübingen 40 tatsächlich Infizierte von den 40.000 übrig. Dies bedeute, jeder 1000ste, der sich in der Fußgängerzone ins Testzentrum begeben habe, sei ohne es zu wissen und ohne Symptome als Infizierter erkannt worden. Das heiße, man habe eine Prävalenz in der normalen Bevölkerung, die sich für gesund halte, von ca. 1 Promille. Das heiße, wenn man hier durch die Stadt laufe, werde man in etwa einen von 1.000 treffen, der infiziert sei, ohne es zu wissen und womöglich als potenzieller Virusträger fungieren könne, dem man vielleicht auch im Supermarkt am Samstag begegnen könne. Am Samstag um 14 Uhr könne man davon ausgehen, dass sich die Menschen nicht bei der Buchhandlung Raabe anstecken, wenn sie ein Buch lesen, oder beim Nagel, wenn sie drei Hemden anprobieren, sondern diese würden sich beim Lidl, Aldi, Rewe und beim Edeka samstags um 14 Uhr anstecken. Und dagegen sage niemand etwas. Hier gebe es keine Lockdown-Vorschriften. Hier habe man es noch nicht einmal geschafft, innerhalb eines Jahres bestimmte Altersgruppen auf bestimmte Tageszeiten einzuschränken. Als es immer geheißen habe, die alten seien die gefährdetsten, da habe es die deutsche Regierung nicht zu sagen geschafft, diese sollen morgens von 10 Uhr bis 12 Uhr in den Supermarkt und alle anderen erst ab 12 Uhr. Dies machen andere Länder, aber in Deutschland habe man es nicht für nötig gehalten. Stattdessen werde hier dem Einzelhändler sein Geschäft ruiniert, welches womöglich schon Jahrhunderte alt sei, oder zumindest Jahrzehnte. Diese Prävalenz liege also aktuell in Tübingen bei einem Promille und könne sich aber auch ändern. In Durlach sei man etwas kleiner, man habe etwa ein Drittel der Einwohnerzahl wie Tübingen. Er rechne dies herunter auf ein Viertel und sage, man würde hier auf den paar Testzentren in Durlach 10.000 Personen pro Woche testen. Hiervon seien 10 Stück ohne es zu wissen infiziert. Man habe in Karlsruhe momentan 100 Fallzahlen. Umgerechnet auf 300.000 Einwohner in Karlsruhe bedeute dies, man habe 300 Fälle pro Woche. Heruntergerechnet auf ein Zehntel, nämlich Durlach, bedeute dies 30 Fälle in Durlach pro Woche. Diese Fälle und Inzidenz basiere im Wesentlichen auf anlassbezogenen Tests. Diese basieren darauf, dass einer einen Husten habe und zum Arzt gehe und sage, er habe Angst, dass er Corona habe und er wolle einen PCR-Test machen. Oder sie basieren darauf, dass die

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 15**

Großfamilie ihre Verlobungsfeier gemacht habe und zwei hinterher krank wurden und dann teste man die restliche Großfamilie auch. Dies seien anlassbezogene Testungen. Und bei denen habe man zurzeit eine Trefferquote von acht Prozent. Acht Prozent sei die aktuelle PCR-Positivquote nach dem RKI. Dies habe nichts mit der Promillequote der Fußgänger zu tun, die sich zu einem Einkauf zweier Hemden oder zweier Bücher in einem Durlacher Einzelhandelsgeschäft entschließen. Sondern man würde zusätzlich durch diese freiwilligen Testungen Menschen identifizieren, sozusagen aus der Gefahr nehmen, die sonst nicht getestet würden. Und die vielleicht weiter herumlaufen würden, in der Familie oder wo auch immer sich die Leute anstecken können. Man teste also und finde ungefähr 10, die sonst nicht entdeckt worden wären. Dies sei ein riesiger Unterschied, ob man anlassbezogen teste mit einer Quote von acht Prozent oder ob man zusätzlich Menschen, die nicht in diesem Schema auftauchen, in der Fußgängerzone teste. Dies sei auch der Punkt, auf den er hinauswolle. Ein solches Modell müsse man wissenschaftlich begleiten. Nicht nur von einer zuständigen Fachdienststelle der Stadtverwaltung, sondern er plädiere dafür, dass das KIT bzw. die Uni Karlsruhe dies begleite. Hier gebe es ein Institut für Stochastik und Statistik. Diese würden sogar den Service anbieten, solche Modelle oder andere statistischen Dinge, die etwas mit Biologie oder Medizin zu tun haben, wissenschaftlich zu begleiten und Stellungnahmen sowie Gutachten erstellen. Er wolle dafür plädieren, dass man erstens, Wissenschaftler und Mathematiker vom KIT mit einbinde. Nicht Virologen und auch nicht Karl Lauterbach Pseudoepidemiologen. Der zweite Punkt für den er plädiere sei, dass man zusätzlich zu diesen etwas ungenauen Schnelltests Infrarot Thermometer einsetze. Dies sei in den USA und Las Vegas völliger Standard, in Texas habe man es auch. Hier habe man weitestgehend aufgemacht und in jedem Laden bekomme man als erstes das Thermometer an die Stirn gehalten und nach einer Sekunde habe man das Ergebnis. Wenn man über 38,0 °C habe, dann werde man wieder weggeschickt. Diese würden im Übrigen 50 Euro pro Stück kosten. Man könne also 200 anschaffen und jeden Laden in der Fußgängerzone damit ausstatten. Dies seien 10.000 Euro und kein Problem. An dem bisschen Geld dürfte es nicht scheitern, denn so ein Schnelltest koste 15 Euro, wenn er von einer Fachkraft ausgeführt werde. Er plädiere also zweitens für den zusätzlichen flankierenden Einsatz von Infrarotthermometern, sodass die Personen, die beim Schnelltest durchrutschen, auch noch erwischt werden. Der dritte Punkt für den er plädiere, seien die gesonderten Durlacher Fallzahlen und dass man bei dem modellhaften Testen in den Testzentren miterfasse, ob es sich um einen Durlacher, um einen Karlsruher aber nicht Durlacher, oder Bürger des Umlandes handle. Denn das Problem, welches in Tübingen auftrete sei die Verwässerung der Fallzahlen durch starken Einkaufszustrom aus dem Umland, dem Landkreis Tübingen, wo ganz andere Fallzahlen herrschen würden. Am Schluss könne man nichts mehr trennen und anscheinend sei man so weit, dass jetzt heute schon das Sozialministerium gesagt habe, womöglich müsse man den Tübinger Versuch abbrechen, weil die Zahlen angeblich zu hoch seien. Man brauche also eine klare räumliche Erfassung, wo die Menschen herkommen, die sich im Testzentrum

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr****Protokoll zu****Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie****Blatt 16**

testen lassen. Und viertens müsse man die bestehenden Regeln kontrollieren und bei Verstoß bestrafen bzw. ahnden. Zurzeit sei es so, dass wenn man einen Verstoß gegen eine Corona-Verordnungen mache, bekomme man 100 € Bußgeld und wenn man Pech habe seien es 200 €. In Bayern seien es 250 €. Es passiere nicht viel. Man könne die Verlobungsfeier und die Cocktailparty im Hobbykeller machen. Wenn dann 20 erwischt werden, dann gebe es 20 x 200 € Bußgeld und der Fall sei erledigt. Er plädiere dafür, dass man die bestehenden Regeln, welche weiter gelten müssen, viel strikter kontrollieren müsse. Denn man müsse weiterhin die Maskenpflicht einhalten und weiterhin die Kontakteinschränkungen einhalten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) weist Herrn Bruker darauf hin, dass man nicht ohne Grund einen Tagesordnungspunkt und eine Vorlage habe, auf die sich die Beratung beziehen sollte. Man würde vom Gremium erwarten, dass man zu dem, was auf der Tagesordnung stehe, irgendwann auch einen Beschluss fasse.

OR Bruker (AfD) antwortet, er komme gleich zu Schluss und beziehe sich im Übrigen auf die Beschlussvorlage. Hier stehe nämlich etwas von räumlicher Trennung drin, also der klaren Erfassung, wo die Fälle passieren und wo die Leute herkommen. Darauf beziehe er sich. Er wolle noch einmal zusammenfassen. Man brauche eine wissenschaftliche Begleitung, man brauche Infrarotthermometer als flankierende Maßnahme, man brauche die Erfassung, wo die Menschen herkommen würden und man brauche auch eine Trennung der Fallzahlen von anlassbezogenen PCR-Tests und den Schnelltests des Modells und viertens brauche man effektive Kontrollen. Wenn z.B. Sonntag morgens 100 Menschen in einem kleinen Gemeindesaal ihren Gottesdienst abhalten, kontrolliere dort kein Mensch. In einem Jahr kontrolliere hier kein Mensch. Dies müsse sich als zusätzliche Maßnahme ändern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) unterbricht die Sitzung für eine Pause um 18:16 Uhr.

– Pause –

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) setzt die Sitzung um 18:24 Uhr fort. Sie würde gerne einen Vorschlag machen, um auch ein breites Miteinander zu erreichen. Der letzte Spiegelstrich auf Seite drei „Veröffentlichung der Fall- und Inzidenzzahlen bezogen auf Durlach als Steuerungsgrundlage für Teststrategien und Öffnungsszenarien“ würde sie aus der Vorlage der Verwaltung streichen, weil man über den entsprechenden Antrag der FDP sowieso gesondert abstimme. Damit könne man ein breiteres „Ja“ für den Verwaltungsvorschlag erhalten und man könne trotzdem über den FDP-Antrag der Fallzahlen ein klares Statement abgeben. Der interfraktionelle Antrag zu der Teststrategie

**4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie

Blatt 17

sei insoweit erledigt, weil er in der Verwaltungsvorlage explizit so mit aufgenommen sei. Dann könne man über die geänderte Verwaltungsvorlage abstimmen und über den dann noch verbleiben Antrag der FDP zu den Fall- und Inzidenzzahlen sowie deren Veröffentlichung. Sie sehe im Gremium viel nicken. Insbesondere von den Antragstellern.

OR Noé (FDP-OR-Fraktion) antwortet, dass man sich wundere, dass man das Paket nun aufschnüre, man habe es eigentlich schon dort mit drin gesehen, aber wenn dies nun hilfreich sei, dass man das große Paket voranbringe, dann würde man dem zustimmen. Daran solle es nicht scheitern. Nach wie vor sei der Antrag mit den Fallzahlen wichtig. Ihn wundere es jetzt, dass das Paket aufgeschnürt werde, aber dann sei es so.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, manchmal sei es besser, dass man mit zwei Paketen verreise, und man habe dann auch alles dabei. Sie ruft nun zur Abstimmung über den geänderten Verwaltungsvorschlag auf.

Ja-Stimmen:	18
Enthaltungen:	4
Nein-Stimmen:	0

Einstimmig zugestimmt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft des Weiteren zur Abstimmung über den FDP-Antrag „Täglicher Bericht der Corona-Zahlen und 7-Tage Inzidenzen für Durlach“, auf.

Ja-Stimmen:	13
Enthaltungen:	4
Nein-Stimmen:	5

Mehrheitlich zugestimmt.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass im Laufe der Diskussion viele spannende Punkte und Sichtweisen klar gemacht worden seien und sie sei weder Virologin noch Politikerin. Sie sei Pädagogin und es gebe viele Dinge, die für etwas oder gegen etwas sprechen. Sie habe sich bezüglich der Abstimmung über den Antrag enthalten, weil sie den Ausführungen des Kollegen aus der AfD in keiner Form auch nur in irgendeiner

4. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 31. März 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**Kommunale Strategien zu inzidenzunabhängigen Öffnungsmöglichkeiten für
den Durlacher Einzelhandel und die örtliche Außengastronomie**

Blatt 18

Weise mitgehen möchte. Und deswegen habe sie sich enthalten. Und dies bitte sie zur Kenntnis zu nehmen, weil dies an Indiskutabilität nicht zu überbieten gewesen sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies sei als persönliche Erklärung im Protokoll vermerkt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei allen Anwesenden und wünscht allen frohe Ostern und eine schöne Zeit im Kreis der Familie. Man sehe sich am 14. April wieder zur nächsten Sitzung. Sie schließt die Sitzung um 18:29 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Dr. Wagner
(B´90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Matthias Hoffmann
(StaDu)